

# Menschenrechtsrat

## Handbuch



# Inhalt

<b>Einführung zum Menschenrechtsrat</b>	<b>3</b>
<b>1. Bekämpfung der staatlichen Überwachung, die das Recht des Einzelnen auf Privatsphäre verletzt</b>	<b>4</b>
1.1 Einführung	
1.2 Hintergrund	
1.3 Wichtige Fakten	
1.4 Wichtige Begriffe	
1.5 Beispiele von staatlichen Überwachungen	
1.6 Beispiele von Datenschutzgesetze	
<b>2. Schutz der Kinderrechte in asiatischen Industrieländern</b>	<b>11</b>
2.1 Einführung	
2.2 Hintergrund	
2.3 Wichtige Begriffe	
2.4 Wichtige Fakten	

# Der Menschenrechtsrat

Der Menschenrechtsrat ist ein Organ der Vereinten Nationen, das im Jahr 2006 gegründet wurde, um die Förderung und den Schutz der Menschenrechte weltweit zu unterstützen. Der Rat ist das Nachfolgeorgan der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen und hat seinen Sitz in Genf, Schweiz.

Der Menschenrechtsrat setzt sich aus 47 Mitgliedern zusammen, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gewählt werden. Die Mitglieder arbeiten unabhängig und ohne Anweisungen von Regierungen oder anderen Interessengruppen. Der Rat trifft sich mehrmals im Jahr, um über Menschenrechtsfragen zu beraten, Empfehlungen abzugeben und Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der Menschenrechte zu fördern.

Zu den Aufgaben des Menschenrechtsrats gehört unter anderem die Durchführung von Untersuchungen zu Menschenrechtsverletzungen in bestimmten Ländern oder Regionen, die Erarbeitung von internationalen Standards für den Schutz der Menschenrechte und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und anderen Interessengruppen im Bereich der Menschenrechte.

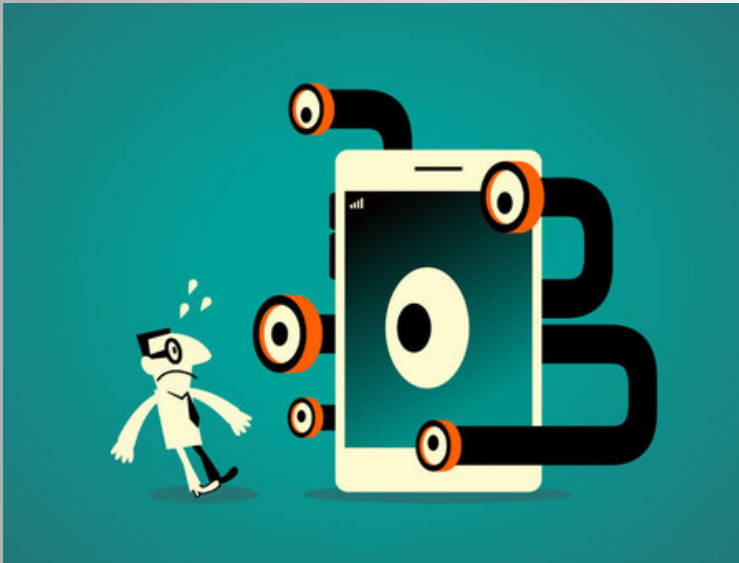
Der Menschenrechtsrat spielt eine wichtige Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte weltweit, indem er Empfehlungen und Leitlinien für Regierungen und andere Akteure bereitstellt und sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzt.



# Bekämpfung der staatlichen Überwachung, die das Recht des Einzelnen auf Privatsphäre verletzt

## Einführung

Der Schutz der Privatsphäre ist ein wichtiger Bestandteil der individuellen Freiheit und Freiheit der Meinungsäußerung. In den letzten Jahren hat die staatliche Überwachung von Bürgern durch Regierungsbehörden weltweit zugenommen, was zu Bedenken hinsichtlich der Verletzung von Privatsphäre- und Freiheitsrechten geführt hat. Während einige Überwachungsaktivitäten legitim sein können, um beispielsweise Bedrohungen für die nationale Sicherheit abzuwehren, besteht ein großes Risiko für den Missbrauch von Überwachungsprogrammen zur Unterdrückung der politischen Opposition und zur Verletzung der grundlegenden Menschenrechte. Die Bekämpfung der staatlichen Überwachung und der Schutz der Privatsphäre von Individuen sind wichtige Anliegen für den Schutz von demokratischen Freiheiten und Menschenrechten.



# BEKÄMPFUNG DER STAATLICHEN ÜBERWACHUNG, DIE DAS RECHT DES EINZELNEN AUF PRIVATSPHÄRE VERLETZT

## Hintergrund

Die staatliche Überwachung von Bürgern durch Regierungsbehörden hat in den letzten Jahren weltweit zugenommen. Diese Überwachung hat oft legitime Ziele wie die Eindämmung von Terrorismus oder Verbrechen und stellt eine Bedrohung für die Grundrechte des Einzelnen dar.

Ein prominenter Fall von staatlicher Überwachung war das Abhören von Telefongesprächen und die Überwachung von E-Mails durch die US-Regierung nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Die Enthüllungen von Edward Snowden im Jahr 2013 zeigten, dass die US-Regierung und ihre Geheimdienste massive Überwachungsprogramme hatten, die die Privatsphäre von Millionen von Menschen verletzen.

Ein weiteres Beispiel ist der Einsatz von Überwachungstechnologie durch die chinesische Regierung zur Überwachung der Bürger. Eine der bekanntesten Technologien ist das Sozialkredit-System, bei dem das Verhalten von Bürgern in der Öffentlichkeit überwacht und bewertet wird. Bürger, die als unzuverlässig eingestuft werden, können mit Einschränkungen in verschiedenen Bereichen ihres Lebens konfrontiert werden, wie zum Beispiel der Einschränkung ihrer Reisefreiheit.





## BEKÄMPFUNG DER STAATLICHEN ÜBERWACHUNG, DIE DAS RECHT DES EINZELNEN AUF PRIVATSPHÄRE VERLETZT

Solche Überwachungsaktivitäten können negative Auswirkungen auf die Privatsphäre der Einzelnen haben. Sie können das Vertrauen in demokratische Institutionen untergraben und dazu führen, dass Bürger sich selbst zensieren und nicht frei ihre Meinungen äußern. Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, dass einige Journalisten und Aktivisten in autoritären Regimen ihre Arbeit aufgeben oder ins Ausland fliehen, aus Angst vor Überwachung und Repressalien (Bsp. Ägypten, Indien, Mexico.....).

Um diese Bedrohung für die Privatsphäre zu bekämpfen, gibt es verschiedene Schritte, die unternommen werden können. Dazu gehören die Entwicklung von Gesetzen und Richtlinien, die die Aktivitäten der Regierung im Bereich der Überwachung einschränken, die Förderung von Verschlüsselungstechnologien und anderen Werkzeugen, sowie die Sensibilisierung der breiteren Öffentlichkeit für die Bedeutung des Schutzes der Privatsphäre.

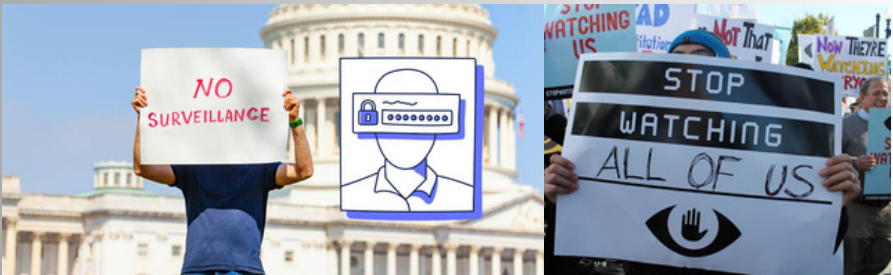


### Wichtige Fakten

1. Umfang: Staatliche Überwachung und Verletzung der Privatsphäre sind weit verbreitet.  
Die meisten Regierungen überwachen ihre Bürger auf die eine oder andere Weise, und viele Unternehmen sammeln Daten über ihre Kunden.
2. Technologie: Fortschritte in Bereichen wie Big Data, Künstlicher Intelligenz und Gesichtserkennung ermöglichen es Regierungen und Unternehmen, eine immer umfassendere Überwachung durchzuführen.
3. Auswirkungen auf die Privatsphäre: Staatliche Überwachung und Verletzungen der Privatsphäre können schwerwiegende Auswirkungen auf die Freiheit und Privatsphäre von Bürgern haben. In einigen Ländern kann Überwachung zu Verhaftung und Folter führen.

## BEKÄMPFUNG DER STAATLICHEN ÜBERWACHUNG, DIE DAS RECHT DES EINZELNEN AUF PRIVATSPHÄRE VERLETZT

4. Rechtmäßigkeit: Viele Regierungen behaupten, dass ihre Überwachungspraktiken rechtmäßig sind, da sie dazu beitragen, Terrorismus und andere Straftaten zu verhindern. Kritiker argumentieren jedoch, dass diese Maßnahmen die Freiheit und Privatsphäre der Bürger einschränken.
5. Datenschutzgesetze: Viele Länder haben Datenschutzgesetze eingeführt, die den Schutz der Privatsphäre von Bürgern regeln sollen. Diese Gesetze können jedoch uneinheitlich sein und es gibt Bedenken hinsichtlich ihrer Wirksamkeit in Bezug auf die Durchsetzung der Datensicherheit.
6. Die Rolle von Aktivisten: Aktivisten und Bürgerrechtsorganisationen spielen eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung staatlicher Überwachung und Verletzungen der Privatsphäre. Sie setzen sich für den Schutz der Privatsphäre und die Förderung von Datenschutzgesetzen ein und unterstützen Whistleblower, die Beweise für illegale Überwachungspraktiken vorlegen.
7. Überwachungsmethoden: Identifikationsmethoden, Kameraüberwachung, Monitoring and Co, Telefonüberwachung, PC-Überwachung, RFID-Chips.



### Wichtige Begriffe

1. Überwachungsstaat: Ein Staat, in dem Regierungsbehörden eine umfassende Überwachung der Bürger durchführen.
2. Massenüberwachung: Die Überwachung einer großen Anzahl von Menschen, oft ohne konkreten Verdacht oder Anlass.
3. Metadata: Informationen über die Metadaten, wie z.B. die Dauer eines Anrufs oder die E-Mail-Adresse des Absenders und Empfängers, die bei der Kommunikation erzeugt werden.
4. Verschlüsselung: Der Prozess der Umwandlung von Daten in verschlüsselten Code, um zu verhindern, dass sie von unbefugten Parteien gelesen oder abgefangen werden.
5. Whistleblower: Eine Person, die Insiderinformationen offenbart, um auf Missstände oder illegale Aktivitäten aufmerksam zu machen.
6. Sozialkredit-System: Ein System zur Bewertung des Verhaltens von Bürgern in China, das auf Basis von Überwachungsdaten und anderen Faktoren ihre „Vertrauenswürdigkeit“ bewertet.

## BEKÄMPFUNG DER STAATLICHEN ÜBERWACHUNG, DIE DAS RECHT DES EINZELNEN AUF PRIVATSPHÄRE VERLETZT

7. Privacy Shield: Ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA zur Regelung des Datentransfers personenbezogener Daten zwischen den beiden Regionen.
8. Anonymisierung: Techniken, mit denen personenbezogene Daten so bearbeitet werden, dass sie nicht mehr mit einer bestimmten Person in Verbindung gebracht werden können.



## Beispiele von staatlichen Überwachungen

1. Stasi-Überwachung in Ostdeutschland: Die Stasi war der Geheimdienst der ehemaligen DDR und führte eine umfassende Überwachung der Bürger durch. Es wird geschätzt, dass die Stasi während ihrer 40-jährigen Geschichte bis zu 6 Millionen Menschen ausspionierte und überwachte.
2. Das Überwachungsprogramm des britischen Geheimdienstes GCHQ: Der britische Geheimdienst GCHQ wurde beschuldigt, illegal die Kommunikation von Millionen von Menschen überwacht zu haben, indem er sich Zugang zu Glasfaserkabeln verschaffte, die das Internet verbinden.
3. Die Überwachung von Journalisten in Mexiko: Mexikanische Journalisten und Aktivisten sind regelmäßig Opfer von Überwachung und Bedrohungen durch Regierungsbehörden und kriminelle Organisationen. Im Jahr 2017 wurde bekannt, dass die mexikanische Regierung mit Hilfe von Spionagesoftware politische Gegner und Journalisten ausspionierte hatte.
4. Die Überwachung von Bürgern in Russland: Die russische Regierung hat in den letzten Jahren ihre Überwachungsaktivitäten gegenüber der Bevölkerung erhöht. Im Jahr 2016 wurde ein neues Gesetz eingeführt, das es den Behörden erlaubt, die Kommunikation von Bürgern ohne richterlichen Beschluss zu überwachen.



## BEKÄMPFUNG DER STAATLICHEN ÜBERWACHUNG, DIE DAS RECHT DES EINZELNEN AUF PRIVATSPHÄRE VERLETZT

5. Die Überwachung der Covid-19-Pandemie: Viele Länder haben während der Covid-19-Pandemie Überwachungsmaßnahmen eingeführt, um die Verbreitung des Virus einzudämmen. Einige dieser Maßnahmen umfassen das Tracking von Mobiltelefonen, um Bewegungen der Menschen nachzuvollziehen und Kontaktverfolgung durchzuführen.
6. Die Überwachung von Migranten: In vielen Ländern werden Migranten und Flüchtlinge überwacht und ihre Kommunikation überwacht, um illegale Einwanderung zu verhindern. Dies hat Bedenken hinsichtlich der Privatsphäre und der Verletzung von Menschenrechten aufgeworfen.
7. Die Überwachung bei Protesten: Während Proteste und Demonstrationen können Behörden Überwachungsmaßnahmen einsetzen, um Aktivisten und Demonstranten ausfindig zu machen und zu überwachen. Dies kann auch die Überwachung von Online-Aktivitäten, wie das Überwachen von Beiträgen auf sozialen Medien, beinhalten.
8. Die Verwendung von Verschlüsselung und Anonymisierungstechnologien: Viele Menschen nutzen Verschlüsselungs- und Anonymisierungstechnologien wie VPNs und Tor, um ihre Online-Aktivitäten zu schützen und ihre Daten vor staatlicher Überwachung zu schützen.
9. Die Förderung von Datenschutzgesetzen: Aktivisten und Bürgerrechtsorganisationen setzen sich für Datenschutzgesetze ein, die den Schutz der Privatsphäre der Bürger sicherstellen sollen. Diese Gesetze sollen die Sammlung, Nutzung und Weitergabe von persönlichen Daten durch Unternehmen und Regierungsbehörden regeln.
10. Die Förderung von Open-Source-Software und -Technologien: Viele Aktivisten fördern Open-Source-Software und -Technologien, um den Benutzern mehr Kontrolle über ihre Daten zu geben. Open-Source-Software ist transparent und ermöglicht es den Nutzern, den Code zu überprüfen und darauf aufbauend eigene Lösungen zu entwickeln.
11. Die Unterstützung von Whistleblowern: Whistleblower, wie Edward Snowden oder Chelsea Manning, haben wichtige Informationen über staatliche Überwachung und Verletzungen der Privatsphäre enthüllt. Viele Aktivisten und Bürgerrechtsorganisationen unterstützen Whistleblower und setzen sich für ihren Schutz und ihre Rechte ein.



## Beispiele für Datenschutzgesetze

1. Europäische Union: Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist ein Datenschutzgesetz, das am 25. Mai 2018 in der Europäischen Union (EU) in Kraft getreten ist. Es gilt für alle Organisationen, die personenbezogene Daten von EU-Bürgern erfassen, unabhängig davon, wo sich diese Organisationen befinden. Die DSGVO gibt den Bürgern die Kontrolle über ihre personenbezogenen Daten und verpflichtet Unternehmen, diese Daten sicher zu speichern und angemessen zu schützen.
2. USA: In den USA gibt es derzeit kein einheitliches Datenschutzgesetz auf Bundesebene, obwohl es einige Bundesstaaten gibt, die eigene Datenschutzgesetze erlassen haben. Beispielsweise trat im Januar 2020 das „California Consumer Privacy Act“ (CCPA) in Kalifornien in Kraft, das Verbrauchern mehr Kontrolle über ihre persönlichen Informationen gibt. Andere Bundesstaaten wie New York haben auch eigene Datenschutzgesetze eingeführt oder erwägen dies.
3. Kanada: Das kanadische Datenschutzgesetz ist das „Personal Information Protection and Electronic Documents Act“ (PIPEDA). PIPEDA gilt für private Unternehmen, die personenbezogene Daten erfassen, verwenden und speichern. Das Gesetz gibt den Bürgern das Recht, ihre persönlichen Informationen zu kontrollieren und verlangt von Unternehmen, diese Informationen sicher zu speichern und angemessen zu schützen.
4. Japan: Japan hat das „Act on the Protection of Personal Information“ (APPI), das seit 2005 in Kraft ist. Das Gesetz gilt für die Erfassung, Verwendung und Speicherung von personenbezogenen Daten durch Unternehmen und Organisationen. Das Gesetz gibt den Bürgern das Recht, ihre persönlichen Informationen zu kontrollieren und verlangt von Unternehmen, diese Informationen sicher zu speichern und angemessen zu schützen.



# Schutz der Kinderrechte in asiatischen Industrieländern

## Einführung

Kinderarbeit ist ein wachsendes Problem in asiatischen Industrieländern wie China, Indien, Japan und Südkorea. Obwohl einige Länder in der Region in den letzten Jahren große Fortschritte bei der Umsetzung von kinderrechtlichen Standards gemacht haben, gibt es noch viele Herausforderungen und Hindernisse, die es zu überwinden gilt. Kinder in asiatischen Industrieländern sind häufig von Armut, Gewalt, Diskriminierung und Ausbeutung betroffen. Darüber hinaus haben viele von ihnen keinen Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die Regierungen und die Gesellschaften in diesen Ländern ihre Bemühungen verstärken, um sicherzustellen, dass die Rechte aller Kinder geschützt werden und dass sie eine sichere und gesunde Zukunft haben.



## Hintergrund

Der Schutz der Kinderrechte in asiatischen Industrieländern ist ein wichtiges Thema, das sowohl politische als auch gesellschaftliche Herausforderungen mit sich bringt. Der UN-Kinderrechtskonvention legen vier Prinzipien zugrunde:

1. Alle Kinder sind gleich: Kein Kind darf aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, sozialer Herkunft, einer Behinderung oder etwa der politischen Gesinnung der Eltern diskriminiert werden
2. Alle Kinder sollen sich zu eigenverantwortlichen und gesellschaftsfähigen Menschen entwickeln können
3. Gerichte, Gesetzgeber und Verwaltungen haben die Pflicht, das Kindeswohl und die Interessen von Kindern zu berücksichtigen
4. Kinder und Jugendliche dürfen ihre Anliegen und Beschwerden äußern. Der Staat soll sie – je nach Alter und Reife des Kindes – berücksichtigen

## SCHUTZ DER KINDERRECHTE IN ASIATISCHEN INDUSTRIELÄNDERN

Eine der größten Herausforderungen bei der Umsetzung von Kinderrechten in asiatischen Industrieländern ist die Armut. Viele Kinder in der Region leben in Armut und haben keinen Zugang zu grundlegenden Bedürfnissen wie Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung. In vielen Fällen müssen diese Kinder arbeiten, um zum Lebensunterhalt ihrer Familien beizutragen, was ihre schulische Bildung und ihre persönliche Entwicklung beeinträchtigt. In einigen Ländern sind Kinder auch von Zwangsarbeit und Kinderhandel betroffen, was eine schwerwiegende Verletzung ihrer Rechte darstellt.

Ein weiteres Problem ist die Gewalt gegen Kinder. In einigen asiatischen Industrieländern ist körperliche Bestrafung in der Erziehung noch immer weit verbreitet, obwohl sie gegen internationale Standards verstößt. Kinder können auch Opfer von sexuellem Missbrauch, sexueller Ausbeutung und häuslicher Gewalt werden. In vielen Ländern gibt es jedoch nur begrenzte Möglichkeiten, um Kinder vor solchen Übergriffen zu schützen.

Diskriminierung ist ebenfalls ein Problem, dem sich Kinder in asiatischen Industrieländern gegenübersehen. Kinder aus benachteiligten Gruppen, wie beispielsweise ethnischen Minderheiten oder Menschen mit Behinderungen, haben oft einen begrenzten Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und anderen grundlegenden Dienstleistungen. Darüber hinaus können sie Opfer von Vorurteilen und Ausgrenzung werden.

Einige Länder in der Region haben jedoch Fortschritte bei der Umsetzung von Kinderrechten gemacht. Japan hat ein umfassendes Gesetz zum Schutz von Kindern erlassen und verfügt über ein staatliches System zur Förderung des Wohlergehens von Kindern. Südkorea hat ebenfalls Maßnahmen ergriffen, um die Rechte von Kindern zu schützen, einschließlich der Einführung von Gesetzen gegen häusliche Gewalt. Tendenziell lässt sich sagen, dass der Schutz der Kinderrechte in asiatischen Industrieländern eine komplexe Herausforderung ist, die sowohl politisches Engagement als auch eine breitere gesellschaftliche Unterstützung erfordert. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Regierungen und die Gesellschaften in diesen Ländern weiterhin daran arbeiten, sicherzustellen, dass alle Kinder Zugang zu grundlegenden Bedürfnissen und Dienstleistungen haben und dass ihre Rechte respektiert und geschützt werden.





### Wichtige Begriffe:

1. Kinderrechte: Die universellen Rechte, die Kindern und Jugendlichen zustehen, sind in der UN-Kinderrechtskonvention festgelegt. Dazu gehören das Recht auf Überleben und Entwicklung, das Recht auf Bildung, das Recht auf Schutz vor Gewalt und Ausbeutung sowie das Recht auf Beteiligung und Meinungsäußerung.
  2. Diskriminierung: Ungleichbehandlung von Individuen aufgrund von Merkmalen wie Geschlecht, Rasse, Ethnizität, Behinderung oder sozialem
  3. Zwangsarbeit: Eine Form der Ausbeutung, bei der Menschen gezwungen werden, Arbeiten auszuführen, für die sie nicht freiwillig arbeiten würden.
  4. Kinderhandel: Eine Form der Ausbeutung, bei der Kinder für kommerzielle Zwecke verkauft, gekauft oder verschleppt werden
  5. Kinderrechtsorganisation: Nichtregierungsorganisationen und humanitäre Organisationen, die sich für den Schutz und die Förderung der Kinderrechte einsetzen, einschließlich „UNICEF“, „Save The Children“ und lokale Organisationen in asiatischen Industrieländern.
  6. Inklusion: Die Einbeziehung von Kindern mit körperlichen oder geistigen Behinderungen in die Gesellschaft und Bildungseinrichtungen. Inklusion fördert die Gleichstellung und den Zugang zu Chancen für alle Kinder
  7. Kinderrechtskonvention: Ein internationales Abkommen, das die Rechte von Kindern und Jugendlichen festlegt. Die UN-Kinderrechtskonvention wurde 1989 verabschiedet und ist das umfassendste Abkommen über Kinderrechte.
  8. Kinderrechtsaktivismus: Eine Form des sozialen Engagements, bei dem Kinder und Jugendliche sich für ihre Rechte einsetzen und Veränderungen in ihren Gemeinden und Ländern anstoßen. Kinderrechtsaktivismus fördert die Partizipation und das Empowerment von Kindern und Jugendlichen und trägt zur Förderung der Kinderrechte bei.
- Status.





## Wichtige Fakten

1. Japan ist in fast allen internationalen Organisationen, so unter anderem in den Vereinten Nationen und deren Unterstrukturen, dem Internationalen Strafgerichtshof und der Weltgesundheitsorganisation vertreten. Mit Blick auf das Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendarbeit hat sich Japan auf internationaler Ebene zur Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention und der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über das Verbot von Kinderarbeit verpflichtet. Die Ausbeutung von Kindern ist außerdem durch das japanische Grundgesetz (Artikel 27) verboten.
2. Japan ist ein beliebtes Ziel für den Menschenhandel mit jungen weiblichen Jugendlichen aus Asien, Lateinamerika sowie Osteuropa. Ihnen wird vorgegaukelt, dass sie in Japan eine gute Arbeit haben könnten, aber die Realität ist völlig anders. Tatsächlich werden sie sehr schnell dazu gezwungen, sich zu prostituieren.
3. Der Fall von Kindesmissbrauch, (körperlich und sexuell), erreicht in Japan ein neues Rekordniveau. In zehn Jahren haben sich die Statistiken exponentiell erhöht. Oft vernachlässigt, eingesperrt, unterernährt oder immer noch misshandelt sind diese Kinder ein Zeichen für ein japanisches Kinderschutzsystem kurz vor dem Zusammenbruch. Um dies zu beheben, besteht ein echter Bedarf an Schulungen und Sensibilisierung der japanischen Familien.
4. In Tibet sind die Kinderrechte längst nicht verwirklicht. Tibetanische Kinder sind Opfer von zahlreichen Diskriminierungen, besonders im Bereich Ausbildung. Ungefähr 49% der jungen Tibeter sind Analphabeten oder können nicht richtig lesen und schreiben. Viele Kinder, die in entlegenen Gebieten leben, haben kein Zugang zu einer Schule, und manche Familien können sich eine Bildung für Ihre Kinder nicht leisten.
5. China hat im Hinblick auf Zugang zu Gesundheitsversorgung in den letzten zwanzig Jahren große Fortschritte gemacht. Die Kindersterblichkeit ist von durchschnittlich 65 auf 19 pro tausend Geburten gesunken. Die Lebenserwartung ist auf bis über 70 Jahre gestiegen.



## SCHUTZ DER KINDERRECHTE IN ASIATISCHEN INDUSTRIELÄNDERN

6. Die Medien in China werden streng kontrolliert und Regierungsgegner und Menschenrechtsverteidiger werden oft inhaftiert. Die Regierung ist für ihre strenge Zensur bekannt, besonders im Internet. Diese Einschränkungen verhindern, dass chinesische Kinder ihr Recht auf Information und auf Meinungsfreiheit genießen können, was einen Verstoß gegen Artikel 13 der UN-Kinderrechtskonvention darstellt.

7. Südkoreanische Kinder, die an psychischen oder körperlichen Beeinträchtigungen leiden, werden von den sozialen Sicherungssystemen oftmals an den Rand gedrängt. Sie gehen nicht zur Schule und haben deshalb auch keinen Platz in der Zivilgesellschaft. Darüber hinaus ist es behinderten Kindern oftmals kaum möglich, sich in ihrer Situation zurechtzufinden, weil sie nicht die gesundheitliche Versorgung erhalten, die sie benötigen würden.

8. Südkorea ist sowohl Quelle als auch Umschlagplatz und Ziel des Sexhandels, insbesondere jenem, der mit Frauen und Kindern handelt. Junge chinesische Mädchen werden durch Südkorea geschleust, bevor sie in die USA weitergeschickt und dort sexuell ausgebeutet werden. Frauen aus Russland, Usbekistan, China, den Philippinen, Thailand und anderen südasiatischen Ländern werden oft wirtschaftlich und sexuell ausgebeutet. Sie werden mit falschen Versprechen auf Arbeit nach Südkorea gelockt; einmal da, merken sie schnell, dass sie stattdessen südkoreanischen Männern versprochen wurden oder dass die in Aussicht gestellte Arbeit in Verbindung mit Sextourismus steht.

9. Nach dem Arbeitsgesetz in Singapur dürfen Kinder ab zwölf Jahren leichte Arbeiten ausüben. Kinder unter vierzehn Jahren dürfen nur dann in einem Industriebetrieb beschäftigt werden, wenn es sich um ein Familienunternehmen handelt. Jugendliche zwischen vierzehn und sechzehn Jahren dürfen in einem Industriebetrieb arbeiten, wenn sie ein ärztliches Attest besitzen, das ihre Arbeitsfähigkeit bestätigt (The United States Trade Representative, 2022). Sklaverei und Zwangsarbeit sind in der Verfassung Singapurs verboten, genauso wie der Kinderhandel durch das Kinder- und Jugendgesetz.



## SCHUTZ DER KINDERRECHTE IN ASIATISCHEN INDUSTRIELÄNDERN

10. In Singapur gibt es nach wie vor einige Formen der Diskriminierung, insbesondere gegenüber Mädchen, Kindern mit Behinderungen, und Nichtstaatsangehörige Singapurs. Die Situation behinderter Kinder ist besonders besorgniserregend, vor allem für die Kinder, die älter als sechs Jahre alt sind, denn für sie scheint die Schulpflicht ebenso wenig zu gelten wie für Immigrantenkinder.

11. In Singapur können Personen unter achtzehn Jahren, die wegen einer Straftat verurteilt werden, nicht zur Todesstrafe verurteilt werden, wohl aber zu körperlicher Züchtigung und lebenslanger Haft. In der Tat ist die Anwendung von Körperstrafen eine übliche zusätzliche Strafe (Human Rights Watch, 2022).

12. Der hohe Prozentsatz an Kindern in Indien, die in ländlichen Gebieten leben, führt oft zu negativen Unterdrückungen bezüglich des Zugangs von Kindern zu grundlegenden Rechten. Die Kommission Indiens für den Schutz der Kinderrechte (Gesetz von 2005) (geändert im Jahr 2006) hat einige Auswirkungen auf die Förderung der Kinderrechte in Indien gehabt. Insbesondere die Beseitigung von Kinderarbeit und der Schutz von Kindern und jungen Menschen.

13. Indien hat die Förderung der Kinderrechte zu einer Priorität der Regierung gemacht, die in der Verfassung verankert und gesetzlich geschützt ist. Trotzdem stehen Kinder in Indien immer noch vor Herausforderungen bei der Durchsetzung dieser Rechte, insbesondere im Hinblick auf den Zugang zur Bildung, Zwangsarbeit und Kinderheirat. Angesichts dessen, dass Kinder 39% der 1,21 Milliarden Einwohner Indiens ausmachen, ist es unerlässlich, dass die Rechte dieser Kinder erfüllt werden.

14. In Indien verlieren tausende Kinder täglich ihr Leben, nicht nur aufgrund von Armut, sondern auch weil weibliche Kindstötungen ungestraft ausgeübt werden. Diese weiterhin bestehende kulturelle Praxis stellt die größte Bedrohung für das Leben der indischen Kinder dar. Tatsächlich sterben jeden Tag Tausende indische Mädchen vor der Geburt oder verlieren ihr Leben, weil sie von ihrer Familie nicht erwünscht oder akzeptiert werden.



## SCHUTZ DER KINDERRECHTE IN ASIATISCHEN INDUSTRIELÄNDERN

15. Indien leidet unter einer der höchsten Nichtregistrierungsraten der Welt und nur 41% der Geburten werden registriert. Hierbei besteht ein großer Unterschied zwischen Stadt und Land: 59% der Kinder unter fünf Jahren sind in der Stadt registriert, während es in ländlichen Gebieten nur 35% sind. Dies hat ernste Folgen für diese Kinder, da sie nicht von kindersensiblen Sozialschutzdiensten und -programmen profitieren können und in den Augen der Gesellschaft nicht sichtbar sind.

16. In Bangladesch ist Bildung kostenlos und für Kinder zwischen sechs und zehn Jahren besteht Schulpflicht. Kinder, die arbeiten, behinderte Kinder, oder Kinder der Ureinwohner, etc. können allerdings nur selten zur Schule gehen. Sie können ihr Recht auf Bildung nicht einfordern.

17. Körperliche Gewalt als Strafe und Herabwürdigungen sind in Bangladesch an der Tagesordnung, denn sie sind sowohl gesetzlich als auch gesellschaftlich akzeptiert.

18. Kinderheirat ist in Bangladesch zwar illegal, aber immer noch weitverbreitet. Ein Drittel der bangladeschischen Mädchen wird verheiratet, bevor es 15 Jahre alt ist.

19. Ein Problem in Bangladesch ist das der „Boy-Jockeys“. Bangladeschische Jungen werden in den Nahen Osten geschickt, wo sie in Kamelrennen als Jockeys eingesetzt werden. Oft bekommen sie nur wenig zu essen, damit sie nicht zunehmen. Außerdem werden sie oft Opfer physischer und sexueller Gewalt.

20. In Bangladesch können Kinder ihre Meinung nur selten äußern, und in Entscheidungen zu Hause, in der Schule etc. werden sie kaum mit eingebunden. Bei Rechts- und Verwaltungsvorgängen werden sie ebenfalls nur selten angehört.

